

Central-Volkshblatt

für den Regierungsbezirk Arnberg
mit den Kreis-Beilagen „Südthüringer“ und „Der Gemeinnützig“.

Verleger: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.
Druck: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.

Verleger: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.
Druck: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.

Verleger: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.
Druck: Maximal Verlag, Arnberg, Markt 11.

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnberg, Saal, Geyersberg, Melchior, Freilich, Olyp, Altrua, Herleshausen und Hamm.

Telegr.-Adr. H. Böpperling.

Nr. 276.

Postfach-Nr. 33 446.

Arnberg und Weil, Donnerstag den 28. November 1918.

68. Jahrgang

Spertakas und die Reger.

Die ultra-radikalen Spartakusleute herofentlich in der „Roten Fahne“ einen klammenden Aufruf an die Proletarier aller Länder, also vor allem an die Proletarier der Entente, um sie aufzufordern, sich mit dem deutschen Proletariat solidarisieren zu erklären, bei sich zu Hause die Revolution einzuleiten und so der deutschen Revolution zum endgültigen Siege zu verhelfen. Selten ist der internationale Gedanke lächerlicher mißhandelt worden, als er durch das Verhalten der Arbeiterschaft unserer Gegner bisher mißhandelt worden ist.

Nur Narren können glauben, daß das Proletariat Frankreichs sich durch derartige Herzensbezeugungen der deutschen Genossen bereichern lassen wird, irgend etwas dafür zu tun, daß die Brutalität, mit der Foch und sein Helfershelfer Ludant die Waffenstillstandsbedingungen nicht nur durchzuführen, nein, täglich zu verschärfen suchen. Aber selbst wenn die französischen Arbeiter, einem letzten Rest von Menschlichkeit folgend, bei ihrer Regierung vorstellig werden würden, wir können nicht glauben, daß das auch nur den geringsten Nutzen uns bringen könnte. Bis heute haben wir jedenfalls nichts davon gemerkt, im Gegenteil: mit jeder Stunde werden die Forderungen unserer Gegner rücksichtsloser, und immer deutlicher tritt zu Tage, daß die Ausführung des Waffenstillstandes für die Entente nichts anderes ist als die Fortsetzung des Kriegs, ja, darüber hinaus die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten. Das Telegramm, das dem General von Winterfeldt auf seine wiederholten dringlichsten Bitten zugegangen ist, spricht deutlich, ja überdeutlich: „Eine Antwort erübrigt sich“. Hartnäckiger und bisartiger kann man das mit unüberlegbaren Gründen gestützte Geheiß eines Besiegten nicht zurückweisen. Eine Antwort erübrigt sich. Man muß wissen, daß dies dem deutschen Volke entgegengeflüßelt wird, nachdem der Entente kein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß auch der Versuch, die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen, Deutschland in eine Katastrophe hineinzuführen muß und den Massenmord an deutschen Weibern, an kleinen Frauen und Kindern bedingt.

Wir wissen nicht, woher die Spartakus-Leute, die mit wahrhaftigem Eifer darauf sind, die Spitzregierung zu unterminieren und das Land noch mehr als bisher in Unruhe und Unordnung zu stürzen, den Mut hernehmen, auf eine Zustimmung beim französischen Volke zu rechnen. Wenn sie auch nur einen Blick in die französische Presse werfen würden, so würden sie wissen, daß gerade umgekehrt in Frankreich auf die deutschen Spartakusleute erhebliche Hoffnungen gesetzt werden. Das französische Regierungsorgan, der „Temps“, hat es geradezu herausgesagt, daß Frankreich über die Umtriebe und Revokalen der Spartakusleute entsetzt sei und daß ihm nichts schmerzlicher erwünscht ist, als das vollendete Chaos, angerührt und vergiftet durch Itheknecht und dessen Freunde. Das Ziel der Franzosen ist ebenso erbärmlich wie klar: sie wollen Deutschland in die grauenvollsten Wirrnisse hinarbeiten, in Hungersnot und Mord, in Bürgerkrieg und Elend aller Art, um dann als Ordnungsmittler einmarschieren zu können, schon stellen sie ihre schwarzen Truppen bereit, nachdem General Foch es grundsätzlich abgelehnt hat, bei der Besetzung der deutschen Gebiete auf Farbige zu verzichten. Was die Spartakusleute nicht fertigbringen sollten, das werden die Reger vollenden. Und so wird von Deutschland — das ist der Wille der Entente — nichts übrig bleiben, als ein Blut- und Fäulnisbrei.

Soll es dahin kommen? Viel können wir daran nicht ändern, aber dennoch können wir mancherlei tun. Und da ist eins, was vor allem nottut: Ordnung halten, die jetzige Regierung mit allen Mitteln stützen und fördern und dann arbeiten, ein jeder an seinem Platze, die Bergleute in den Bergwerken, die Eisenbahner auf ihren Maschinen und Waggons und all die übrigen Arbeiter und Bürger dort, wo sie zur Zeit stehen.

Die Revolution in Deutschland.

Berlin, 27. Nov. Der Widerspruch gegen die Diktatur der Spartakusleute und der Unabhängigen steigert sich im Lande. Überall siegen bei den Wahlen die alten Sozialdemokraten. In Dresden entfielen 117 000 Stimmen auf die Vertreter der Reichheitssozialisten und nur 7625 auf die der Unabhängigen, sodas erstere 47, letztere nur 3 Vertreter im Reichstag und Soldatenrat erwählten. In Bremen sprachen sich auf der Versammlung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte Norddeutschlands 81 Vertreter für die Nationalversammlung und 20 dagegen aus. In Stuttgart wurde in 7 Versammlungen der Unabhängigen die Nationalversammlung gefordert. In Kiel waren Samstag 800 Vertrauensleute gefordert. In Kiel waren Samstag 800 Vertrauensleute gefordert. In Kiel waren Samstag 800 Vertrauensleute gefordert.

Berlin, 28. Nov. Der Vollzugsausschuß trat gestern im Ministeraal des preussischen Abgeordnetenhauses zu einer Vollversammlung zusammen. Der Vorsitzende eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß große Arbeit zu erwarten seien. In Groß-Berlin erschienen und er zwei Mitglieder der preussischen Regierung erschienen und er

suchten den Vollzugsrat um Entscheidung, ob der Justizminister Dr. Spahn bestätigt werden solle. Aussprache und Abstimmung ergaben einmütig, daß er nicht bestätigt wird; dagegen werden bestätigt: Simon, Handelsminister, Paul Hoffmann und Brunner Eisenbahnministerium und Wolfgang Heine neben dem bereits bestätigten Dr. Rosenfeld, Justizministerium.

Saag, 27. Nov. Holländische Mütter melden aus Aachen: Der Oberkommandierende der hierher zurückgekehrten 11. Armee, General Sitt v. Armin, hat einen Befehl erlassen, daß alle roten Fahnen von den Dächern verschwinden müssen. Der Arbeiter- und Soldatenrat weigerte sich, dem Befehle Folge zu leisten. Ein deutscher Offizier aus dem Gefolge des Generals erklärte in einer öffentlichen Rede, daß die deutsche Heimat die im Felde kämpfende Armee verzeihen habe. Er sehe es als die Aufgabe der bürgerlichen Parteien an, sich nicht mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu vereinigen, sondern danach zu streben, die Revolution zu verhindern. Die Arbeiter- und Soldatenräte müßten davon abgesehen werden, um die Ordnung des alten Deutschen Reiches wieder herzustellen. Die fürchterlichste Desorganisation sei das Kennzeichen aller bisherigen Handlungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Es wäre ihre Aufgabe gewesen, die Beziehungen zwischen Soldaten und Offizieren wieder herzustellen, aber nicht Politik zu treiben. Der Offizier wurde von dem Arbeiter- und Soldatenrat verhaftet, später auf Intervention aber wieder freigelassen. Auch in anderen Städten des Rheinlandes sollen ähnliche Reden gehalten worden sein. Die Arbeiter- und Soldatenräte bemühen sich, der Bewegung Herr zu werden.

Die Rückkehr der Truppen.

WB Budapest, 27. Nov. Der ungarischen Regierung wurde vom Oberkommandanten der alliierten Orientarmee mitgeteilt, daß die für den Abzug der Deutschen aus Ungarn bestimmte Frist am 19. November abgelaufen sei und Entlassung und Internierung eintreten müsse. Da die Waffenstillstandsverträge die Frage des Abzuges deutscher Truppen aus Ungarn nicht ganz klar stellen, sind darüber neue Verhandlungen aufgenommen worden. Feldmarschall Madonsen wartet das Ergebnis der Verhandlungen in seinem Hauptquartier in Nagyfehertos ab und wird im Sinne der von der deutschen Volkregierung getroffenen Entscheidung handeln.

Zu Erwägungen bereit, wenn

WB Berlin, 25. Nov. Amlich. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von dem amerikanischen Staatssekretär Lansing die Antwort erhalten, daß der Präsident bereit sei, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigen Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird und auch fernerhin aufrechterhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel ungewisselt garantiert wird.

Vollständige Miswirtschaft.

Berlin, 26. Nov. Unter der Überschrift „Die vollständige Miswirtschaft der herrschenden Regierung“ schreibt die „Germania“ u. a.: In den Ernährungsverhältnissen sind bei uns schreckliche Zustände eingetreten. Getreide und Lebensmittel werden in einer Masse erfaßt, die bis Ende Dezember reicht. Die künftigen Zufuhren betragen jetzt 30 000 bis 35 000 Tonnen. Das sind im Laufe des Dezember ungefähr 900 000 bis eine Million Tonnen, ungefähr ein Viertel des normalen Bedarfs, sodas wir direkt vor einer Katastrophe stehen. Die bis dahin herangeschafften Vorräte reichen längstens bis zum 10. Januar. Dazu kommt die ganze gefährdete Lage auf dem Kohlenmarkt. Die U. S. A. meinen anscheinend, daß die Arbeiter nichts anderes mehr zu tun brauchen, als zu wählen. In Braunschweig hat der U. S. A. verfügt, daß die Arbeiter sämtliche Gemüsekonserven unter sich verteilen. Ein ähnlicher Vorgang wird aus Hamburg gemeldet, wo große Teams und Festlager, die der Allgemeinheit dienen sollten zur Verteilung gebracht werden. Gegenwärtig sucht jeder, der in der Gewalt ist so viel für sich zu gewinnen, wie irgendmöglich. Die Zentrale sichert sich alle Vorräte, die uns über den Winter hinwegbringen sollen. — Es bedarf wirklich einer starken Kraft, die mit Energie zu arbeiten versteht, und dafür sorgt, daß das letzte Durcheinander aufhört und Ordnung und Arbeit einsetzt, um uns vor dem schlimmsten Zusammenbruch zu bewahren. Die Reichsregierung kennt die Zustände genau, aber sie ist unfähig zu handeln, weil sie so viele Kräfte je aus Unabhängigen besteht, die durch energisches Eingreifen den Verlust des Vertrauens ihrer Anhänger und damit ihrer Ehre befürchten. Nur ein Sturm der Empörung, der das ganze Reich erfasst, kann dieser Wirklichkeit ein Ende machen. Wie in Berlin gewaltsam wird, zeigen auch die Gefährten, die den Arbeitern und Soldaten auf einer Zentrale im Abgeordnetenhaus gezollt werden. Leute, die einfache Bekleidung tragen, man nennt sie Kuriers, erhalten 40 M., Schreibmaschinendamen 35 Mark pro Tag.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Genf, 26. Nov. Der Newelst-Entsprechend meldet aus New-York: General Wash teilte mit, daß die amerikanischen Armee 1. Dezember erreichen und diese Brückenköpfe besetzen werde. Die Engländer werden Köln, die Franzosen Mainz besetzen.

Wilson's Reise nach Europa.

WB Paris, 25. Nov. „Petit Parisien“ meldet: Präsident Wilson wird, wenn er nach Europa kommt, in einem französischen, nicht in einem englischen Hafen landen. Die Abreise ist auf den 4. 12. festgesetzt. Prinz Murat hat sein Palais in der Rue de Monceau dem Präsidenten während seiner Anwesenheit in Paris zur Verfügung gestellt. Das Anerbieten ist von der amerikanischen Botschaft angenommen worden.

Der Fall Österreich-Ungarns.

WB Budapest, 27. Nov. Die Ungarn werden für ihren Vertrag an Deutschland die Strafe schon in aller nächster Zeit

empfangen. Das WB berichtet nämlich, daß der Anmarsch größerer reichsrumanischer Truppenverbände über die österreichischen Grenzpfässe in vollem Gange sei. Am Sonntag Nachmittag ist das reichsrumanische 13. Korpskommando, 2000 Mann stark, mit Stab und Militärkapelle in Gyergyó-Trelogyes eingetroffen. — Das Mitglied des rumänischen Nationalkomitees Dr. Gustav Goldin erklärte dem Acker Berichterstatter des Blattes „Az Est“, reichsrumanische Truppen würden mit Zustimmung des Verbandes innerhalb zwei bis drei Wochen 26 ungarische Komitate besetzen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß die Mobilisierung der gesamten rumänischen Armee bereits im Zuge sei. Drei rumänische Regimenter haben die Grenze bei Gyimes überschritten.

Eine deutsche Einladung an Wilson?

Berlin, 27. Nov. Wie der „Vol. Anz.“ hört, wird von einzelnen Kreisen auf die Regierung dahin eingedacht, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden müsse, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz begeben sollte.

Die Ansicht der Gelehrten.

WB Paris, 26. Nov. (Agence Havas.) Der Professor an der Rechtsfakultät Berthelemy veröffentlicht im „Matin“ einen langen Artikel, in dem er zum Schluß sagt: Der frühere Kaiser befaß Grausamkeiten, welche selbst im Kriegszustand durch Völkerverrecht und das internationale Recht verdammt werden. Sie bilden Verbrechen gegen das gemeine Recht. Der Kaiser ist rechtlich strafbar als Miturheber der Grausamkeiten, die er im Widerspruch mit dem Kriegsgebrauch zu begehen befaß. Folglich kann Wilhelm ausgetrieben werden.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Bern, 26. Nov. Lord Curzon teilte im Unterhaus mit, daß innerhalb der nächsten Woche etwa eine Million Menschen in England arbeitslos sein würden.

Eine Stunde zu früh.

Zu der Eröffnungsitzung der italienischen Kammer machte Ministerpräsident Orlando das Beständnis, daß das Geheimnis des Sieges Italiens darin bestünde, daß es um eine Stunde länger ausgehalten habe als der Feind. Damit bestätigt der italienische Ministerpräsident indirekt jene Meldungen, die gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes darauf hinwiesen, daß ein nur etwas längeres Standhalten unsererseits den Zusammenbruch Italiens und damit viel günstigere Bedingungen für Österreich-Ungarn zur Folge gehabt hätte.

Die Auffassung der Fronttruppen von der politischen Lage.

die sie in Deutschland antreffen, ist so schreibt die Köln. Vztg., andauernd der Revolution ungenügend. Sie mehr man sich mit ihnen bei ihrem Marsch durch Köln oder im Quartier unterhält, um so klarer zeigt es sich, daß ihre Stimmung nichts gemein hat mit der Unzufriedenheit, die in der Etappe eingetreten war, und mit den unzufriedenlichen politischen Mäßen, die in der Heimat durchgeführt wurden. Von letzteren wußten sie lange Zeit nichts, da wegen der Postsperrung und schlechten Etappenverhältnissen weder Briefe noch Zeitungen mehr ankamen. Wohl waren sie einverstanden mit den vollständigen Reformen der Staatsverrichtungen, wie sie im Laufe des Sommers und Herbstes angebahnt wurden und die sie nach diesem langen Kriege mit Recht auch für wohlverdient halten. Aber nur auf feierlichem, gesetzmäßigem Wege sollten sie eingeführt werden; als eheliche Soldaten verlangen sie auch einen ehelichen Kampf der Parteien in einer auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommenen Volksvertretung, Freiheit auch für die Wahlen.

Einmütig sind alle ordentlichen Elemente der Truppen in des Verneinung des am 5. November in Kiel begonnenen gewalttätigen Umsturzes. Sie bezeichnen ihn wegen der politischen Lage, worin sich Deutschland damals vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes befand, als einen Verfall, der die unentgeltete Härte der Bedingungen verschärft habe. Ohne den Umsturz, der auch auf die Etappe auflösend wirkte, hätten wir sie noch ablehnen können, und dann hätte — so lauten bemerkenswerterweise die Stimmen aus ganz verschiedenen Formationen — wegen des nicht zustande gekommenen Friedens wahrscheinlich Frankreich heute die Revolution, die nun durch den Siegesjubel verdrängt wurde. In unserer Front aber herrschte über diesen Waffenstillstand nur allgemeine Trauer statt der erwarteten Freude über den kommenden Frieden. Die Lage Hindenburgs wegen der überlängten Kämpfe, wofür der famose norddeutsche-internationale bayerische Ministerpräsident Eisner ihn ablängeln wollte, sei vollkommen berechtigt, auch wegen der ungeheuren Lebensmittelporräte, die zumitrieben und verbrüben.

Ob Monarchisten oder Republikaner: über die künftige Staatsform wollen sie den Reichstag oder eine Nationalversammlung entscheiden lassen, und diese sollten bald einberufen werden, da wir sonst immer noch keinen Frieden bekämen. Daß sie von der Fatale der Revolution, die man bei den Etappenleuten noch häufig sah, nichts wissen wollen, zeigen ihre Blumen und Fähnchen und haben sogar blumenspendende Mädchen erfahren, denen harnlose Hofdamen als verächtlich abgelehnt wurden. Für diese Gesinnung der Fronttruppen zeugt auch, daß am Montag vormittag beim Vorüberzug eines Regiments am Dom die Regimentskapelle Hell die im Siegetanz spielte zur offensichtlichsten Freude der Soldaten und der umstehenden Einwohnerschaft. Ebenso ist dafür bezeichnend folgender Vorfall mehr komischer Art, der sich an der Hauptnachhalle zugetragen hat: Dort hatten über nacht angelommene Gardeolanten ihre Pferde untergebracht und einen Posten aufgestellt. Zu diesem gestellte sich ein rotgezierter Revolutionskavaliere und begann eine Auseinandersetzung. Der Posten hatte offenbar keinen Gefallen daran, als der andere aber von seiner „Aufklärung“ nicht abließ, eilten Kameraden herbei, rissen dem Mundstücker das rote Zeichen ab und bekräftigten ihm eine Tracht Prügel, worauf er unter allgemeinem Gelächter nach dem Heimdrück entließ. Daß unsere wackeren Beschützer des